

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung
Minoritenplatz 5
1014 Wien

per e-mail: robert.mitsch@bmwf.gv.at
cc: begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Wien, 17. September 2010

**Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem ein ZAMG-Gesetz erlassen und das EG zu den
Verwaltungsverfahrensgesetzen 2008, das FOG sowie das Beamten-Kranken- und
Unfallversicherungsgesetz geändert werden**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Industriellenvereinigung bedankt sich für die Gelegenheit, zum vorliegenden Gesetzesentwurf wie folgt Stellung zu nehmen.

Der vorliegende Gesetzesentwurf sieht mit der Ausgliederung und Definition der ZAMG als eine juristische Person öffentlichen Rechts eine Verfestigung ihrer Position, insbesondere auch in Richtung einer möglichen Wettbewerbsverzerrung im Hinblick auf private Wetterdienste zu Gunsten der ZAMG vor („amtliche Wetterwarnung“).

Für die Industriellenvereinigung ist nicht nachvollziehbar, dass die Erläuterungen in Begleitung des Gesetzesentwurfs „keine Alternativen“ enthält bzw vorschlägt, wurde und wird doch bereits seit geraumer Zeit über die mögliche Zusammenlegung der drei Wetterdienste (Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik, Flugwetterdienst der Austro Control GmbH und Militärischer Wetterdienst) und die dabei zu erwartenden Synergieeffekte diskutiert.

Wir verweisen auch auf die vom Rechnungshof bereits 2006 errechneten 16,2 Mio Euro Einsparungspotentiale für die Jahre 2003-2011, die durch Synergiepotentiale bei einer Zusammenlegung der bestehenden drei Wetterdienste erzielt werden könnten.

Im Hinblick auf die derzeit im Rahmen der Budgetkonsolidierung gebotenen und notwendigen strukturellen Maßnahmen sollte bei einer Reorganisation Bedacht auf eine grundlegende Straffung und Vereinheitlichung der Verwaltungsabläufe sowie die Zusammenlegung von Institutionen mit ähnlichen Aufgabenbereichen genommen werden.
Unter dieser Prämisse sieht die Industriellenvereinigung den vorliegenden Gesetzesentwurf kritisch.

Wir danken für die Möglichkeit der Stellungnahme und ersuchen um Berücksichtigung der Anliegen der österreichischen Industrie.

Dem Ersuchen des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung, die Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates im elektronischen Weg zu übermitteln, wurde entsprochen.

Mit freundlichen Grüßen
Industriellenvereinigung

Dr. Wolfgang Seitz e.h.
Bereichsleiter

Mag. Ingrid Schopf e.h.